



**MARCHIVUM**

MANNHEIMS ARCHIV  
HAUS DER STADTGESCHICHTE  
UND ERINNERUNG



## **MARCHIVUM Druckschriften digital**

### **Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1917**

467 (6.10.1917) Mittags-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-174896](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-174896)



gehört zu den Unglücksmenschen, die gerade an der Tätigkeit am sanftmütigen hängen, für die sie die geringste Begabung mitbringen. Graf Karolyi, der noch vor einem Jahrzehnt der Politik auf die er durch seine soziale Stellung und Familienüberlieferung gewiesen wurde, in unbewusster Selbstkenntnis fernstand, ist durch die bedauerlichen, aber leider notwendigen Ereignisse im Juni 1912, als nämlich Graf Tisza die Obstruktion niederbrach, in die Politik buchstäblich hineingezerrt worden und hat dann eine reichend schnelle Entwicklung vom konservativen Hochagrarien zum ultraradikalen Demokraten durchgemacht. Er sieht es als Konsequenz seines Demokratentums an, auch Pazifist zu sein. Dabei steht er zum Unterschied von Tisza, Andrássy, Apponyi, Beterle deutschen Verhältnissen und deutschem Wesen ganz fremd und verständnislos gegenüber, während seine kulturellen Sympathien den Westmächten gehören; daher schenkt er den heuchlerischen Phrasen unserer Feinde vom deutsche Militarismus und deutscher Autokratie Glauben und sieht in diesen, den Deutschen angehörenden, Gebrechen die tieferen psychologischen Ursachen des Krieges. Daher er auch die Redensart mit Vorliebe gebraucht, daß nur die Demokratie den Weltfrieden sichere — als ob England und Frankreich vor dem Kriege absolute Monarchien gewesen wären.

Die Schallwirkung, die Karolyis Reden wegen ihres empörenden Inhaltes im Deutschen Reich hervorrufen, steht wie versichert werden kann, in keinem Verhältnis zu seiner persönlichen und politischen Bedeutung und seinem Einfluß in der eigenen Heimat. In der ungarischen Welt, in der man politisch denkt, wird er nicht ernst genommen. Dort sieht man in ihm ein oszant terribile, das man wegen seiner sozialen Stellung und seines Reichtums, wie auch wegen seiner innerpolitischen Gefolgenschaft nicht ohne weiteres tadeln kann. Es mag in Deutschland zur Berichtigung dienen, daß nicht nur Graf Tisza und seine Partei, sondern ebenso auch diejenigen hervorragenden ungarischen Politiker, die in innerpolitischen Fragen mit Karolyi mehr oder weniger zusammenarbeiten, seine Haltung in der äußeren Politik und in der Friedensfrage rückhaltlos mißbilligen und bekämpfen. Desgleichen hält der weit überwiegende Teil der ungarischen Presse am Bündnis mit Deutschland treu fest und will von den Kindeereien der demokratischen Pazifisten oder pazifistischen Demokraten nichts wissen. Bezeichnend hierfür ist jedenfalls, was Magyar Hírlap, das Organ des Grafen Julius Andrássy, der zufällig auch der Schwiegervater Karolyis ist, am 17. September in der scharfen Kritik einer Rede Karolyis in Czegled geschrieben hat: „Alles Liebäugeln mit dem Feinde, jede Treulosigkeit gegen unsere Bundesgenossen, jedes „Verständnis“ für Lloyd George und Ribot, während wir den Deutschen Kaiser und Hindenburg nicht „verstehen“ wollen, ist uns verhaßt, denn es verletzt das Interesse des Vaterlandes und verlängert den Krieg.“

### Der Vizetanzler.

(Von unserem Berliner Büro.)

□ Berlin, 6. Oktober.

Der getrige Aussprache über den Nachtragsetel war eigentlich die Pointe schon vorweggenommen. Wie die Dinge in den letzten Wochen sich gestaltet haben, war aus dem, was im Grunde eine Organisationsfrage von höchstem Gewicht ist, eine Personenfrage geworden. Man sieht sich, bei Licht besehen, nur noch darum, ob man Herrn Helfferich Amt und Gehalt bewilligen soll oder nicht. Und fast in der Beziehung war, als man gestern um die mittägliche Stunde im Bismarck sich versammelte, die Entscheidung schon gefallen. Es war so gekommen, wie wir das vor ein paar Tagen hier vorausgesagt hatten. Man wollte die Dinge nicht auf die Spitze treiben, keine Reife herausbekommen und hatte im Ausschuss sich geeinigt, der Forderung zuzustimmen unter der Voraussetzung, daß der Reichstanzler zuvor eine authentische Erklärung abgibt, die Herrn Helfferich sein Amt nach Zeit und Inhalt begrenzt. Diese Voraussetzung hat der Reichstanzler gestern zu Beginn der Sitzung erfüllt. Er hat von neuem versichert, was ihm ohne weiteres zu glauben sein wird, daß für die vielseitigen Aufgaben der Hebergangswirtschaft, die doch von rechts wegen in seine Hand zusammenlaufen müßten, ihm ein Helfer und Stellvertreter nottut. Hat auch gelobt, daß damit kein neues Vorgesetztesverhältnis begründet sein soll und sich damit einverstanden erklärt, daß das neue Amt unter Umständen am 31. März 1909 erlösche. Somit ist also Herr Dr. Helfferich nun Vizetanzler, freilich nur Vizetanzler auf Zeit und zudem einer, dem, wie das in der getrigen Debatte recht offenkundig und nicht gerade schmeicheltastig zutage trat, das Vertrauen großer Teile des Hauses nicht gebührt. Über diese Personenfrage, die so vorweg entschieden worden war, war doch nicht das wirklich Befremdliche, vorüber bei den getrigen Erörterungen der Reichstag seinen Spruch zu fällen hatte. Sie hatte im Vordergrund des allgemeinen Interesses gestanden, weil, wie Menschenart nun einmal ist, hierbei persönliche Dinge mehr zu feilschen pflegen, als sachliche Probleme. Dennoch war und bleiben die un-

gleich bedeutungsvollen. Mit der Zerteilung, die man jetzt im Reichsamt des Innern vornimmt, nämlich unter allen denkbaren Lösungen die beste? Empfiehlt es sich, im Reichswirtschaftsamt die Fürsorge für die Produktion und für die Arbeiter zusammenzuschließen? Oder soll man, worauf auch ein nationalliberaler Antrag abzielt, die sozialpolitischen Dinge im dritten noch abzuweidenden Amt, dem für Wohlfahrtspflege, überantworten? Wir müssen freimütig bekennen: Diese Probleme sind so gewichtig, in ihren Folgen so tiefgreifend, daß es uns nicht ganz möglich erscheint, hier im Kriege schon ganze Arbeit zu machen. Dr. David hat gestern zwar, wenn auch in anderem Sinne, den Krieg als den Vater aller Dinge gepriesen und daran erinnert, daß auch das Deutsche Reich im Kriege erwachsen sei. Man wird ihm vielleicht darauf antworten können, daß gerade das Deutsche Reich insgedehnten die Erschalen seines überholten Werdens jahrzehntelang mit sich getragen hat und zum Teil noch trägt. Aber zugegeben, daß diese umfassende Organisationsarbeit im Kriege zu leisten wäre, in 1½ Wochen bis 14 Tagen, wie das jetzt geschieht, ist bergsteigen kaum zu bezogeln. Es bleibt dann doch nur eine Gelegenheitsarbeit, die späterer Korrekturen nicht entzogen dürfen wird. Wir meinen überhaupt, daß mit diesen Trennungen und Zusammenlegungen, der Verteilung der bisher an einer Stelle zu leistenden Arbeit auf zwei oder drei Stellen der Wurzel des Übels, an dem die Staatssekretariate im Reich krank, gar nicht beizukommen werden kann. Das bleibt doch, daß alle diese Staatssekretariate — das Auswärtige vielleicht und in früheren reichlichen Zeiten den Beherren der Kolonien ausgenommen — am letzten Ende Könige Johann ohne Land sind, die keine Verwaltung haben, über die sie kraft ihres Amtes verfügen können und daß sie immer auf Vorgesetzte bei den einzelnen Bundesregierungen und, was in Wahrheit ein Kaiserberg ist, bei den mächtigen preussischen Reforts angewiesen sind. Von diesen Dingen erzählt behutlich, aber für den Einzelnen immerhin verständlich genug, mit einer leise verhaltenen Bitternis, die auch das zehnjährige otium cum dignitate nicht ganz von ihm genommen hat, Graf Posadowsky in einer Rede, die das ganze Haus in atemloser Spannung lauschte.

### Deutscher Reichstag.

(Schluß.)

Hg. Dr. David (Soz.):

Der Nachtragsetel bedeutet eine völlige Umgestaltung der Reichsverfassung und einen tiefen Eingriff in die bundesstaatlichen Rechte, insonderheit werden die Vertreter der mittleren u. kleineren Bundesstaaten noch ohnmächtiger im Reichsorganismus, als sie inzwischen schon geworden ist. Der Reichstag ist wieder einmal vor eine fertige Tatsache gestellt worden. Der Teilung des Reichsamtes des Innern stimmen wir zu, ebenso dem Ausbau des Reichsjustizamtes und der Eingliederung des Patentamtes und des Heimatsamtes an das Reichsjustizamt. Wir hätten die Dreiteilung gewünscht: Reichsamt des Innern, ein Amt für Handel und Industrie und ein Reichsarbeitsamt; letzteres müßte die Sozialpolitik bearbeiten. Da befristet man nun ein allzu schnelles Tempo. Unser Volkstribun bietet aus zahlreichen Bundes und diese müssen durch sozialpolitische Maßnahmen geschlossen werden. Wir wollen für diese Dinge keine Unterstaatssekretäre, sondern verantwortliche Minister haben. Der Vizetanzler, der Reichstanzler-Ertrag, macht die Verhandlungen mit den Staatssekretären noch schwieriger, weil noch eine weitere Instanz zu überwinden sein wird, bis man zum Reichstanzler und kann zu den preussischen Ressortministern gelangt. Daß der Stellvertreter einen höheren Posten als die Staatssekretäre erhalten soll, zeigt sich schon in dem höheren Gehalt und in der Dienstwohnung in der Wilhelmstraße; er wird ein Hemmschuh sein und den wollen wir nicht, denn die Maschine geht schon langsam genug. Aus ähnlichen Erwägungen will das Zentrum nur die Bewilligung provisorischer Natur bis Ende März 1919; die übrige Reform ist Stückwerk. Die Berufung neuer Minister, die aus dem Reichstag ausscheiden, schmeckt nach dem Schema des Konzeptionsbüros. Wir müssen verantwortliche Reichsminister haben, dazu eine Verbindung zwischen Regierung und Parlament. Hoffentlich sorgt dafür die Verfassungsaussch. Gerade die Kriegszeit ist die geeignete Zeit für eine durchgreifende Neuordnung auch im Innern. Ist doch das Deutsche Reich selbst ein Kriegskind.

Hg. Harold (Ztr.):

Wir stimmen dem Vorschlag der Regierung auf Zerteilung des Reichsamtes des Innern zu. Das Reichswirtschaftsamt und die Sozialpolitik gehören zusammen, die Wohlfahrtspflege gehört in das Gebiet der Einzelstaaten. Die Schaffung eines Vizetanzlers rechtfertigt sich nur aus den außergewöhnlichen Verhältnissen, deshalb haben wir auch Bedenken gegen die etatmäßige Stellung des Vizetanzlers; mindestens sollte die Reueinrichtung befristet werden.

Hg. Dove (Fortsch. Sp.):

Gegenwärtig halten wir die Zerteilung des Reichsamtes des Innern für genügend. Wir stimmen gegen die Schaffung eines Reichsarbeitsamtes, nicht weil wir ein zu hässliches Tempo der Sozialpolitik befürchten, sondern weil gerade während der Hebergangszeit ein Hebergreifen zwischen Wirtschafts- und Sozialpolitik notwendig ist. Die Stellung des Vizetanzlers soll keine definitive sein, sondern eine vorübergehende Befristung; er soll kein Vorgesetzter der Staatssekretäre werden, sondern soll lediglich die Vertretung des Kanzlers erhalten. Die Vorlage betrachten wir als einen ersten Schritt auf

dem Wege zur politischen Ausgestaltung des Reiches und als geeignete Grundlage für den Wiederaufbau nach dem Kriege.

Hg. Graf Westarp (Kanz.):

Wir stimmen dem Reichstanzler zu, daß es sich nicht um eine Verfassungsänderung handelt, sonst könnten wir der Vorlage nicht zustimmen. Wenn der Hg. David für eine Parlamentarisierung der Regierung eintritt, indem er sich davon eine Stabilität der Regierung verspricht, so weise ich ihn auf die rasche Aufeinanderfolge der französischen Kabinette hin. Dort gibt es so viele Minister, daß die Geschäfte von besonderen Ministerkommissionen geleitet werden müssen. Wir halten den jetzigen verfassungsmäßigen Zustand in unserer Regierung für den richtigen. An sich halten wir die Vermehrung der Reichsämtler nicht für erwünscht, denn je mehr selbständige Reichsämtler entstehen, desto mehr werden die Aufgaben des Reichstanzlers erschwert. Voraussetzung für unsere Zustimmung ist, daß durch die Erneuerung neuer Staatssekretäre eine Vermehrung der preussischen Staatsminister erfolgt. In Preußen muß das Schwergewicht bei den Ressortministern bleiben. Die Stellung des Vizetanzlers lassen wir so auf, daß sie nur für besondere Aufträge und Aufgaben geschaffen wird. Der Kommissar, daß die Schaffung eines Reichsarbeitsamtes aus der Befürchtung befaßt werde, daß die Sozialpolitik überstrahlt werden könnte, war gefällig. Wir wollen allerdings die Unternehmerschaft ergebnislos erhalten. Wirtschafts- und Sozialpolitik hängen eng miteinander zusammen.

Hg. Graf Posadowsky-Wehner (Deutsche Fraktion):

Ich bin überrascht über die kalte Befragung des Hauses bei einer solchen Angelegenheit von ausschlaggebender Bedeutung. Der Reichstag hätte bei der Auflösung des Reichsamtes des Innern vorher gehört werden müssen. Die Spezialarbeiten des Reichsamtes des Innern werden von besonderen Anstalten befristet, die den Staatssekretär keineswegs belasten. Eine Entlastung könnte auf anderen Schritten erfolgen. Auch der jetzige Staatssekretär hat sich noch kürzlich gegen eine Teilung ausgesprochen. Das Patentamt und das Amt für das Heimatwesen sind rechtsprechende Behörden und gehören in das Reichsjustizamt. In der jetzigen Fassung lehnen wir die Vorlage ab. Sollte man die technischen Behörden vom Reichsamt des Innern getrennt, so wäre es nicht nötig gewesen, eine neue oberste Reichsbehörde zu schaffen, die die Reichsmöglichkeiten nur noch vermehrt. Dagegen hätte man das gesamte Bauwesen vereinigen und in einem Reichsamte für öffentliche Arbeiten zusammenfassen sollen. Das soll nicht sein, denn die letzten Wochen hin, es kann aber verlangen, daß unendlich viel sparsamer nach altpreußischer Muster gewirtschaftet wird. (Bravo.) Mit Schreden habe ich gesehen, wie Reichsgelder ausgegeben werden. Die Postämter und Stationen brauchen nicht von zwei Beamten geleitet zu werden. Jetzt wird die Regierungsmaschine durch die Teilung des Reichsamtes des Innern wieder verlangsamt. Ein besonderes Reichsamt würde die Sozialpolitik keineswegs beschleunigen.

Der Siebenerausschuss sollte schleunigst verschwinden; solche Geheimnisse machen den Reichstag nur zu einer Abstimmungsmaschine. (Sehr richtig.) Ich kann dem Reichstanzler darin nicht beistimmen, daß keine Verfassungsänderung durch die Vorlage vorgenommen wird. Bisher war die Erneuerung des Stellvertreters des Reichstanzlers dem Kaiser überlassen; jetzt soll damit gedroht werden. Allerdings ließe ich auf dem Standpunkt, daß der Stellvertretersabstuf von 1878 einer Änderung bedarf.

Staatssekretär Graf Adern:

Es ist nicht der Fall, daß der Reichstag vor einer vollendeten Tatsache gestellt wurde. Auch der Herrredner hat die Überlastung des Reichsamtes des Innern und die Notwendigkeit seiner Entlastung anerkannt. Ein besonderes Bauamt wäre nicht zweckmäßig, da Hoch- und Tiefbauten bei einzelnen Reforts nicht zu trennen seien. Um einen Eingriff in die Rechte der einzelnen Bundesstaaten handelt es sich hier nicht. In der Sozialpolitik ist Deutschland zweifellos vorangegangen und von einem immer langsam voran kann nicht die Rede sein. Nach dem Kriege darf nicht still gemacht werden.

Hg. Riß-Erdinger (Nitt.): Ich gebe dem Grafen Posadowsky durchaus recht, wenn er die Reformbedürftigkeit des Stellvertretergesetzes anerkennt, dann hätte er aber auch die Konsequenz ziehen sollen. Die Entlastung des Reichsamtes des Innern ist dringend notwendig, einweisen genügt mir die Zerteilung, die allerdings die Stellung des Vizetanzlers, nur einen provisorischen Charakter tragen darf.

Hg. Stöckgen (unabh. Soz.):

Die Vorlage verstoßt ganz klar gegen das Stellvertretergesetz von 1878. Durch die Vorlage soll die Stellung eines ganz bestimmten Ranges gefestigt werden. Dieser soll bloß der Bindemacher für den Reichstanzler sein.

Abgeordneter Dr. Baasche rügt diesen Ausdruck. Darauf wird zur Abstimmung geschritten. Die Vorlage wird nach den Beschlüssen der Kommission angenommen. Die Resolution betr. die Errichtung eines Reichsarbeitsamtes wird abgelehnt, die Resolution betr. die Errichtung eines Reichswohlfahrtsamtes wird angenommen. Hierauf wird der Entwurf einer 4. Ergänzung zur Befoldungsordnung in 2. Lesung angenommen.

Nächste Sitzung Samstag vormittag 11 Uhr. Tagesordnung: Interpellationen. Schluß 12 Uhr.

□ Berlin, 6. Okt. (Von unserem Berliner Büro.) Der Reichstag wird, wenn er am kommenden Mittwoch oder Donnerstag seine Arbeiten beendet haben wird, diesmal auf längere Zeit, nämlich bis zum 3. Dezember vertagt werden.

### Zwei Jahre deutsche Arbeit in Ober-Ost.

Von Alfred Bratt.

1.

#### Was heißt Ober-Ost?

Eine Kiesenwoge von Flaggen ist vor wenigen Tagen über ganz Deutschland gehraust. Und alle Flaggen wehten zum Ruhme des Generalgouverneurs von Ostpreußen, des Generalkommandanten Hindenburg.

Zum Ruhme des Feldherrn! Jetzt aber soll von dem Organisator Hindenburg die Rede sein, der den seit zwei Jahren bestehenden Osten nicht nur eroberte, sondern aus ihm in friedlicher Arbeit ein Kunstwerk schuf.

Innerhalb wieder läßt sich die merkwürdige Beobachtung erneuern, daß Leistungen bestimmter Männer und bestimmter Zeitschnitte das reifste Maß des Fortschritts erst dann finden, wenn sie in einen gewissen Abstand gerückt sind. Dies trifft auch für die jenseits der Ostgrenze des Deutschen Reiches im besetzten Gebiete geleistete Arbeit zu, deren Ideen, Opfern, Kräften und Erfolgen die nachstehenden Ausführungen gewidmet sind. Das Gebiet der Arbeit, die wir meinen, erstreckt sich über die dank Hindenburg okkupierten westrussischen Gouvernements Kurland, Kowno, Wilna, Suwalki und Grodno ein gewaltiges, mit Flüssen, Wäldern, Wäldern und Städten gesegnetes, aber auch von sozialen Widrigkeiten und nationalen Gegensätzen durchsetztes Gebiet, das von der deutschen Kriegsgewalt den Namen „Ober-Ost“ — er ist aus der militärischen Abkürzung „Ob-Ost“ für Oberbefehlshaber Ost entstanden — erhielt.

Der Krieg im Sinne des Kampfes spricht eine alles überdrückende Sprache. So mag es sich erklären, daß die ebenso komplizierte wie geniale Verwaltungstätigkeit in diesem Stück Osten zwischen Kampffront und Heimat von dem Glanz der rein militärischen Operationen, daß das organisatorische Kunstwerk des Feldherrns von dem Glanz seiner Waffentat verbunkelt wurde. Doch während unsere Ostarmeen abwechselnd standhalten und vorgedrungen den Sturm vorwärts tragen, während die Heimat die Heeresberichte best und politische Fragen erörtert, wird nach Hindenburgs Angaben ein großartiges, an Form, Geschöpfen und Geschehnissen überaus vielseitiges und bewundernswertes Reich geschaffen: das Militär-Verwaltungsgebiet Ober-Ost.

Eine auf Einladung des Oberbefehlshabers Ost unternommene Preisermine gibt jetzt, nach zweijährigem Bestand dieser Schöpfung, die ermüdete Gelegenheit, all das dem Wissen der Heimat zu übermitteln, was sich an besten unter der Bezeichnung des „Ruhms von Ober-Ost“ zusammenfassen läßt.

Als unsere Truppen nach dem Fall der Festungsriesen Kowno, Grodno und Brest-Litovsk im Hochsommer 1915 ihrem Vormarsch eine gewisse Grenze gesetzt hatten, galt es umschauen zu halten, um das vorläufig auf Kriegsdauer übernommene Gebiet zu verwalten und zu regieren. Trotzdem bereits zwei Verwaltungen in Feindesland bestanden, die Generalgouvernements Belgien und Polen, sah man sich einer so gut wie neuen Aufgabe gegenübergestellt. Der Grund hierfür war in der Hauptsache ein militärisch-geographischer: während nämlich Belgien und Polen durch eine kurze Frontlinie und ein tiefes Hinterland charakterisiert sind, bietet sich das heutige Ober-Ost auf der Karte als ein von Nord nach Süd verlaufender Streifen mit langer Frontlänge und verhältnismäßig schmaler Fläche dar. Was in Belgien und Polen möglich gewesen war — die Begründung eines regelrechten Gouvernementsbereiches hinter Frontgebiet und Stappengebiet —, war also für Ober-Ost nicht angängig. Es galt ein unversorgtes Problem zu lösen.

Hindenburg und Ludendorff haben es gelöst. Während noch die Raubschwaden der toben abgeschlossenen Kampfhandlungen sich über den weiten Flächen verzogen, wurde das ganze Gebiet vorerst in Gruppenkommandanturen eingeteilt: Doch bald hatte man erkannt, daß dieses System nur als ein Provisorium, als Übergang zur Schaffung eines endgültigen und vollkräftigen Verwaltungsapparates gelten konnte. Man betrachtete und prüfte, was in Besitz genommen worden war; und man stellte fest, daß man eine über weite Landstrecken ausgedehnte Birnis von ungehobenen Schichten, von Möglichkeiten und Schwierigkeiten übernommen hatte, die mitten im Kriegsdrang der anfliegigen Bevölkerung und uns selbst nutzbar gemacht werden mußten.

Die Möglichkeiten mußten dem ersten Blick als so groß erscheinen, daß Männer von nicht ganz vollblütiger Schaffenskraft vor ihnen zurücktreten wären. Man stand auf einem Boden, der — wenn auch von alter, vielfach zerstörter deutscher Kultur durchsetzt — infolge des Krieges, als man wieder theoretisch noch praktisch an Vorbildern anknüpfen vermochte. Die abziehenden Russen hatten nicht nur Fabriken vernichtet, Häuser eingestürzt und Brücken gesprengt, sie hatten auch alle Angehörigen der besseren Stände, die getragenen Elemente, die Bauern usw. mit sich genommen und selbst Wälder, Äcker, Wiesen und künstliche Moorland spürlos verschwinden lassen. Man mußte das Gebiet trotz und quer auf Anbauarbeiten erforschen, man mußte mit einer Volksgliederung beginnen, um überhaupt zu erkennen, mit welchen Völkern und Nationen, Verhältnissen und Anschauungen, Rationalitäten und Religionen, Vegetationsgebieten und Materialien zu rechnen war.

Diese Aufgabe entlegte man sich in aller Stille, mit einer Schmiege und Geduld, wie sie erst die Kriegsanpassung

hat entstehen lassen. Für jede Teilarbeit wurden Sachleute berufen, hohe und niedrige, Wissenschaftler und Praktiker, Gelehrte, Landwirte, Richter und Lehrer, lauter Organisationsmänner in selbstgestanztem Rod. Die Feldherren Hindenburg und Ludendorff verwandelten sich selbst in führende Verwaltungsbeamte, um das Reich Ober-Ost zu vollbringen, das am besten der Begründung einer Kolonie zu vergleichen ist.

Die Frage des politischen und praktischen Bewirtschaftensystems ward erwiesen, indem der Feldmarschall und sein erster Helfer persönlich die Einrichtung eines militärischen Verwaltungsgebietes übernahmen. Die Grundzüge wurden innerhalb eines verhältnismäßig kurzen Zeitraumes festgelegt — Ober-Ost war verwirklicht. Es besteht aus drei Verwaltungsgebieten: Litauen im Zentrum, Kurland im Norden, Bialystok-Grodno im Süden.

An der Spitze dieses, aus dem Kriegszustand herausgebildeten Interims-Staatswesens steht — als Leiter der Gesamtverwaltung und oberster Hoheitsführer in einer Person — der Oberbefehlshaber Ost: zuerst Hindenburg, seit seiner Ernennung zum Oberbefehlshaber Generaloberst Fritz Leopold von Bannern. Jeder der drei Bezirke hat seinen eigenen Verwaltungsscheit, und diesem untersteht in weiterer Gliederung die einzelnen Kreise, diesen wieder von einem Kreisoberhaupt geleitet wird, dem ein Wirtschaftsbeirat zur Stütze dient. Ohne in genaue Einzelheiten dringen zu wollen, die in nächsten Hapier Aufzählung bei nur papieren werten können, sei zur Kennzeichnung des Umfangs der Verwaltung bemerkt, daß beispielsweise der Bezirk Litauen 84 einzelne Kreise zählt. Jedem Kreisoberhaupt, dessen Stellung in möglichst weitestgehender Weise der Bevölkerung gemessenen russischen Systems der eines sog. Starosten entspricht, ist ein Stad beizugeben, dessen Hauptpersonen ein Friedensrichter und ein Wirtschaftsoffizier sind.

Der Bau gliedert sich natürlich immer weiter abwärts. Seine Linien — vom jüngsten Verwaltungsoffizier bis zur letzten Verantwortlichkeit reichend und dann wieder über die Zentrale bis zum Oberbefehlshaber führend — sind läßt sich verfolgen, wie die Umrisse eines kolonialen architektonischen Kunstwerkes, zugleich aber mit mathematischer Genauigkeit berechnet und standhaft wie das Eisengerippe einer modernen Riesenkonstruktion. Es ist ein Verwaltungssystem in ungewöhnlich kurzer Zeit erstunden und gestaltet, wie ihn das Reich organisatorisch der Welt in tiefster Freiheit kaum kannte. Dieser einzigartigen Leistung steht eine reiche Menge von Bemerkungen gegenüber, die nicht nur anfangs zu überwinden waren, sondern auch heute noch und künftig in die Rechnung eingestellt werden müssen. Siderlich war und ist man befreit, jene Offiziere heranzuziehen, die sich für die betreffenden Aufgaben aus Gründen des Wohlwollens und der persönlichen Be-



Nachtrag zum lokalen Teil.

Hollzeibericht vom 6. Oktober 1917.

Zusammenf. Gestern abend 6 1/2 Uhr erfolgte auf der...

Vor einer Papierkatastrophe.

Der „Zeitungs-Verlag“ bringt eine Zuschrift, deren Aus-

Dem deutschen Zeitungsgewerbe steht ein neuer Schlag bevor, der, wenn es nicht gelingt ihn rechtzeitig abzuwehren...

Die Zeitungsvorleger stehen ohnehin vor andern, schwereren Neubelastungen. Sie verlangen gar nicht, daß die Schwierigkeiten der Papierfabrikation sehr erheblich sind...

Es ist den Zeitungsvorlegern auch bekannt, daß jetzt wieder die Zellstoff-Produktion ihren Preis um 10 Mark für 100 Kilo zu erhöhen...

Das kann nicht mehr so weiter gehen und dem muß sofort ein Riegel vorgeschoben werden. Unverzüglich ist die so-

Letzte Meldungen.

Die Lage an den österreichischen Fronten.

Wien, 5. Okt. (W.Z. Nichtamtlich.) Aus dem Kriegspress-

Österreichischer Kriegsschauplatz. Im Armeebereich des Generalobersten Erzherrzog Joseph befehle der Feind gestern tags-

Konzeri Willy Hagemann. Anfolge Ausfalls des Frühzugs aus München kann Frau Hagemann nicht rechtzeitig zum Konzeri einreisen.

Mannheimer Kunstverein G. V. In der Ausstellung „Künstlergruppe Schwanitz“ sind folgende Künstler vertreten: Rolf Friedrich, Georg Weidopf, Alfred Kunze, Maria Esrag und Gustav Schäfer.

Es ist dem Mannheimer Kunstverein gelungen, die Fritz Schöfle-Schätzkinsausstellung aus Annamündingen in nächster Zeit im Kunstverein zu zeigen.

Führung durch die Hotel-Ausstellung in der Kunsthalle. Die Gemälde und graphischen Arbeiten Erich Hecksels, die gegenwärtig als Kollektiv-Ausstellung in der Kunsthalle gezeigt werden, haben, wie das immer bei notwendigen, künstlerischen Leistungen der Fall ist, neben großer Interesse auch vielen Widerspruch gefunden.

Südböhmischer Kriegsschauplatz. Seine wesentliche Ereignisse.

Die Luftangriffe auf England. Von der schwedischen Grenze, 6. Oktober. (Priv.-Tel. 3. R.) Die „Neue Zürcher Zeitung“ berichtet aus London: Der Londoner Korrespondent des „Corriere della Sera“ schreibt, in einigen englischen Wärdern wird behauptet, daß die wiederholten deutschen Luftangriffe auf London nur die Vorspiele größerer Aktionen darstellen, bei denen hunderte von Flugzeugen verwendet würden.

Der Kaiser an die lurländische Landesversammlung. Berlin, 6. Okt. (Von unserem Berliner Büro.) Auf das an den Kaiser gerichtete Begrüßungstelegramm der ersten lurländischen Landesversammlung ist nachstehende Antwort an den Verwaltungschef in Riga eingegangen:

Der lurländischen Landesversammlung danke ich für die mir dargebrachte Begrüßung. Ich vernahm mit Freude, daß Vertreter Russlands sich versammelt haben, um über die Zukunft ihrer Heimat zu beraten.

Notenaustausch. London, 5. Okt. (W.Z. Nichtamtlich.) Central News-Agency. „Daily Telegraph“ erzählt aus Washington, daß zwischen Japan und den Vereinigten Staaten Noten über internationale Beziehungen gewechselt werden sollen.

Der Fall Volo Pascha. Bern, 5. Oktober. (W.Z. Nichtamtlich.) Eponeer Blätter melden nach über die gestrige Sitzung der französischen Kammer: In seiner Verteidigung gegen die Befeldigungen Daubets erklärte Malay, diese rührten daher, daß er gewisse Besprechungen Daubets über das Thema, man müsse eine solide Armee schaffen, um die Republik zu stützen und unseren König wieder einzusetzen“ unterlag habe.

Zeichne Kriegsanleihe! Das ist der sicherste Weg zum Frieden!

land retten könnte“, getrieben habe. Painlevé erklärte, daß die Zeitungen tagtäglich über Skandalaffären vom Vertreter des Untersuchungsrichters unterrichtet würden. Weitere Einzelheiten dürften die Zeitungen nicht bekanntgeben, sie würden sonst beschlagnahmt.

Kardinal Mercier will nach Rom. c. Von der schwedischen Grenze, 6. Okt. (Priv.-Tel. 3. R.) Die „Boster National-Zeitung“ meldet: „Erzang Telegraph“ berichtet: Der Vatikan hat beim deutschen Generalgouverneur von Belgien, von Falkenhäusen, befragt, er möge dem Kardinal Mercier die Erlaubnis geben, nach vor Behauptungen in politischer Mission nach Rom zu gehen.

Der Südböhmklub tritt in Opposition. Wien, 5. Okt. (W.Z. Nichtamtlich.) Der parlamentarische Korrespondenz zufolge beschloß der Südböhmklub gegen das Budgetpräparativum zu stimmen und auch in allen anderen Angelegenheiten oppositionell vorzugehen.

Die Rede Gernains. Bern, 5. Okt. (W.Z. Nichtamtlich.) Die römischen Blätter legen die Besprechungen der Rede des Grafen Gernain fort und erklären fast einstimmig, daß die Rede nur auf die Hebung der Stimmung innerhalb der Donaumonarchie berechnet sei.

Lombros und Stulubis verhaftet. Paris, 5. Okt. (W.Z. Nichtamtlich.) Janyas meldet aus Wien: Da Lombros sich weigerte, zum Verhör vor der Parliamentskommission zu erscheinen, wurde seine Verhaftung angeordnet.

Die Jrenpolitik Lloyd Georges. Berlin, 5. Okt. (W.Z. Nichtamtlich.) Die Jrenpolitik Lloyd Georges wird in der „Catholic Times“ vom 11. Sept. einer scharfen Kritik unterzogen. Ueber Lord Georges Ziele wird die Freiheit schreibt das Blatt: Niemand spricht über von den Prinzipien der Freiheit als Lord George. Sie kommt in fast allen seinen Reden vor.

Eine plumpe Verleumdung. Berlin, 5. Okt. (W.Z. Nichtamtlich.) Paul Juntspruch Onon vom 1. Oktober hätte sich die Liga der neutralen Länder mit den Untaten zu beschäftigen, die auf deutschen Befehl von den Bulgaren in Serbien, einer Ortschaft in der Reichsgrenzlinie Stisch Serres, angezündet begangen worden sind.

m. Köln, 6. Okt. (Priv.-Tel.) Die „Wirtschaftliche Zeitung“ meldet aus Amsterdam: Die „Times“ wird aus Berlin gemeldet, daß einem Telegramm aus Salfy haben die Verbündeten einen von dem Grundlag abzuweichen, sich nicht in die russischen Beschäftigungen einzumischen.

finden, noch schwere Opfer für die Neuordnung des russischen Heeres und die Verwirklichung seiner Ausrüstung zu bringen, aber unter der Bedingung, daß fortan vollständige Einheit des Handels zwischen Russland und den verbündeten Mächten gesichert ist.

Das verlassene Petersburg. c. Von der schwedischen Grenze, 6. Okt. (Priv.-Tel. 3. R.) Der Petersburger Korrespondent der „Neuen Zürcher Zeitung“ meldet: etwa 50 000 Personen haben bisher Petersburg verlassen. Die Generaldirektion des Brillenwesens behält nach Michailowgorod über, ebenso die Reichsbank.

Große Veranstaltung der Waffenbrüderlichen Vereinigung. Berlin, 6. Okt. (Von unserem Berliner Büro.) Am kommenden Donnerstag wird sich in Baden bei Wien eine große Veranstaltung der Waffenbrüderlichen Vereinigung abspielen, zu der auch das österreichische Kaiserpaar sein Erscheinen zugesagt hat.

Keine Hochadelsliga der lateinischen Republiken gegen Deutschland. Bern, 5. Okt. (W.Z. Nichtamtlich.) „Recht Parisien“ meldet aus Washington: Ein Telegramm des Generalen in Argentinien demontiert die Hochadelsliga der lateinischen Republiken gegen Deutschland.

Der Siebenerauschuss sollte schleunigst verschoben werden. Solche Geheimanhaltungen machen den Reichstag nur zu einer Abstimmungsmaschine. (Gebr. richtig.) Ich kann den Reichstagsleiter darin nicht beistimmen, daß keine Verfassungsänderung durch die Vorlage vorgenommen wird.

Es ist nicht der Fall, daß der Reichstag vor eine vollende Aufgabe gestellt wurde. Auch der Borredner hat die Ueberlastung des Reichsamts des Innern und die Notwendigkeit seiner Entlastung anerkannt.

Wien, 5. Okt. Im freien Börsenverkehr vollzog sich ein weiterer Aufschwung der Kurse. Es fanden hierige und Budapestische Käufe bei einem großen Umlauf sowohl an marktgängigen Papieren als auch an zahlreichen anderen Werten statt.

Wochenanweis der Bank von England vom 4. Oktober 1917. in Pfund Sterling. (in Vor.) Gesamtücklage . . . . . 32,345,000 — 017,000

Wochenanweis der russischen Staatsbank vom 29. September 1917. Aktiva. (in Millionen Rubel) Bestand an Gold . . . . . 26.5 25.5

Wasserstandsbeobachtungen im Monat Oktober. Pegelstation von Rhein. Datum. 1. 2. 3. 4. 5. 6. Bemerkungen

Weiter-Aussichten für mehrere Tage im Voraus. 7. Oktober: Sonnig, tags warm, nachts kalt, stürmischer Regen. 8. Oktober: Meist wolkig, milde, teils heiter.

W. Köln, 6. Okt. (Priv.-Tel.) Die „Wirtschaftliche Zeitung“ meldet aus Amsterdam: Die „Times“ wird aus Berlin gemeldet, daß einem Telegramm aus Salfy haben die Verbündeten einen von dem Grundlag abzuweichen, sich nicht in die russischen Beschäftigungen einzumischen.

W. Köln, 6. Okt. (Priv.-Tel.) Die „Wirtschaftliche Zeitung“ meldet aus Amsterdam: Die „Times“ wird aus Berlin gemeldet, daß einem Telegramm aus Salfy haben die Verbündeten einen von dem Grundlag abzuweichen, sich nicht in die russischen Beschäftigungen einzumischen.

W. Köln, 6. Okt. (Priv.-Tel.) Die „Wirtschaftliche Zeitung“ meldet aus Amsterdam: Die „Times“ wird aus Berlin gemeldet, daß einem Telegramm aus Salfy haben die Verbündeten einen von dem Grundlag abzuweichen, sich nicht in die russischen Beschäftigungen einzumischen.

W. Köln, 6. Okt. (Priv.-Tel.) Die „Wirtschaftliche Zeitung“ meldet aus Amsterdam: Die „Times“ wird aus Berlin gemeldet, daß einem Telegramm aus Salfy haben die Verbündeten einen von dem Grundlag abzuweichen, sich nicht in die russischen Beschäftigungen einzumischen.

W. Köln, 6. Okt. (Priv.-Tel.) Die „Wirtschaftliche Zeitung“ meldet aus Amsterdam: Die „Times“ wird aus Berlin gemeldet, daß einem Telegramm aus Salfy haben die Verbündeten einen von dem Grundlag abzuweichen, sich nicht in die russischen Beschäftigungen einzumischen.







